



UMWELTPROBLEME UND UMWELTBEWEGUNG PUTINS REDE ZUR LAGE DER NATION

■ Analyse	Russlands ökologische Probleme aus der Sicht von Greenpeace. I.P. Blokov, A.V. Shuvalov – Greenpeace Russland	2
■ Statistik	Umweltverschmutzung und Umweltschutz	5
■ Analyse	Die russische Umweltbewegung. Zwischen Opposition und Kooperation. Dmitry Vorobyev, St. Petersburg	10
■ Kommentar	Eine Hymne auf Demokratie und Liberalismus? Hans-Henning Schröder, Bremen	12
■ Dokumentation	Putins Botschaft zur Lage der Nation am 25. April 2005	13
■ Chronik	Vom 21. bis zum 28. April 2005	15

Russlands ökologische Probleme aus der Sicht von Greenpeace

I.P. Blokov, A.V. Shuvalov – Greenpeace Russland

Zusammenfassung

Russland, das größte Land der Erde, zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus. Erstens sind seine ökologischen Probleme typisch sowohl für entwickelte Länder mit moderner Industrie als auch für Entwicklungsländer, die Rohstoffe ausbeuten. Zweitens hat der militär-industrielle Komplex (in erster Linie seine nukleare Komponente) bedeutenden Einfluss auf die Umwelt. Drittens werden die Umweltprobleme des Landes durch das Nichtvorhandensein einer durchdachten Umweltpolitik vergrößert. Viertens ist die Gesellschaft heute wenig beunruhigt über Umweltprobleme.

Letztlich darf man trotz des Ausmaßes der ökologischen Probleme, mit denen das Land konfrontiert wird, das andere Russland nicht vergessen, das eine Fläche an „wilder“, das heißt, von menschlicher Aktivität nicht zerstörter Natur hat, die größer als Europa ist, was die Verpflichtung diese Gebiete zu erhalten zu einer der dringendsten globalen ökologischen Herausforderungen werden lässt.

Umweltprobleme Russlands: einige Zahlen und Fakten

Offiziellen Daten zufolge, die allerdings bei weitem nicht immer der Wahrheit entsprechen, sind 13% des russischen Staatsgebietes ökologische Problemzonen. Mehr als 1 Million Quadratkilometer des Landes sind mit radioaktiven Stoffen verseucht, durch die Tschernobyl-Katastrophe, durch die nukleare Industrie in den Gebieten Tscheljabinsk, Tomsk und im Bezirk Krasnojarsk und durch die Erprobung von Atomwaffen und durch „friedliche“ Nuklearexplosionen. In mehr als 60 Städten mit einer Bevölkerung von insgesamt 40 Millionen Menschen übersteigt die Luftverschmutzung die maximal zulässigen Werte. Das Trinkwasser von ungefähr der Hälfte der Bevölkerung entspricht nicht russischen, geschweige denn europäischen Normen. Illegaler Holzschlag steigt ständig an (besonders im Fernen Osten) und macht nach unabhängigen Schätzungen bis zu 50% der gesamten Holzernte aus.

Ökologische Probleme Russlands aus der Sicht der Wirtschaft

Die starke wirtschaftliche Rezession der 1990er Jahre führte im Vergleich zur Sowjetzeit zu einem gewissen Rückgang des Schadstoffausstoßes in die Umwelt. Allerdings war der Rückgang der Produktion prozentual sehr viel größer (bis zu 50%) als die Verringerung der Schadstoffe (ungefähr 17%).

Dies geschah, weil die Krise nicht die ökologisch schädlichsten Sektoren wie Metallindustrie und chemische Industrie betraf, die sich schnell auf den Export umstellen konnten. Ebenso wirkten sich eine allgemeine und beträchtliche Verringerung der Ausgaben für den Umweltschutz, Verschleiß der Produktionsanlagen

und als Folge häufige Unfälle mit dem Ausstoß großer Mengen von Schadstoffen negativ aus.

Das Wirtschaftswachstum, das im Jahre 2000 begann und dank der hohen Preise für fossile Brennstoffe bis heute anhält, hat nicht zu einer Verbesserung des Umweltschutzes geführt. Der Anstieg von Schadstoffausstoß und von giftigen Abfällen übertrifft die Wachstumsraten der Wirtschaft bei weitem. In erster Linie liegt dies daran, dass es keine adäquate staatliche Umweltpolitik gibt.

Der Staat hat sich von den ökologischen Problemen Russlands zurückgezogen. Der Anteil der Ausgaben für den Umweltschutz im Staatshaushalt ist während der gesamten „Reformperiode“ zurückgegangen. Zurzeit beträgt er nicht mehr als 0,5% des Budgets, was nicht nur bedeutend weniger ist als in entwickelten Ländern, sondern auch weniger als in Indien oder China.

Trotz des stürmischen Wirtschaftswachstums und erheblich gestiegener Ausgaben und Einnahmen des Staates gehen die Ausgaben für den Umweltschutz nicht nur prozentuell, sondern auch *absolut* zurück. Im Entwurf für den Staatshaushalt Russlands für das Jahr 2005 ist eine Verringerung der Ausgaben für den Umweltschutz um 8% (in absoluten Zahlen) vorgesehen, obwohl der Haushalt im Vergleich zu 2004 bedeutend größer ist. Diese Tatsache reicht aus, um zu zeigen, dass der Staat die ökologischen Probleme des Landes nicht lösen kann oder will.

Die Umweltgesetzgebung

Die russische Gesetzgebung zum Naturschutz ist eine höchst komplexe Sammlung von normativen Akten, die von verschiedenen staatlichen Organen angenommen worden sind. Obwohl diese Gesetze zu verschiedenen Zeiten und unter unterschiedlichen

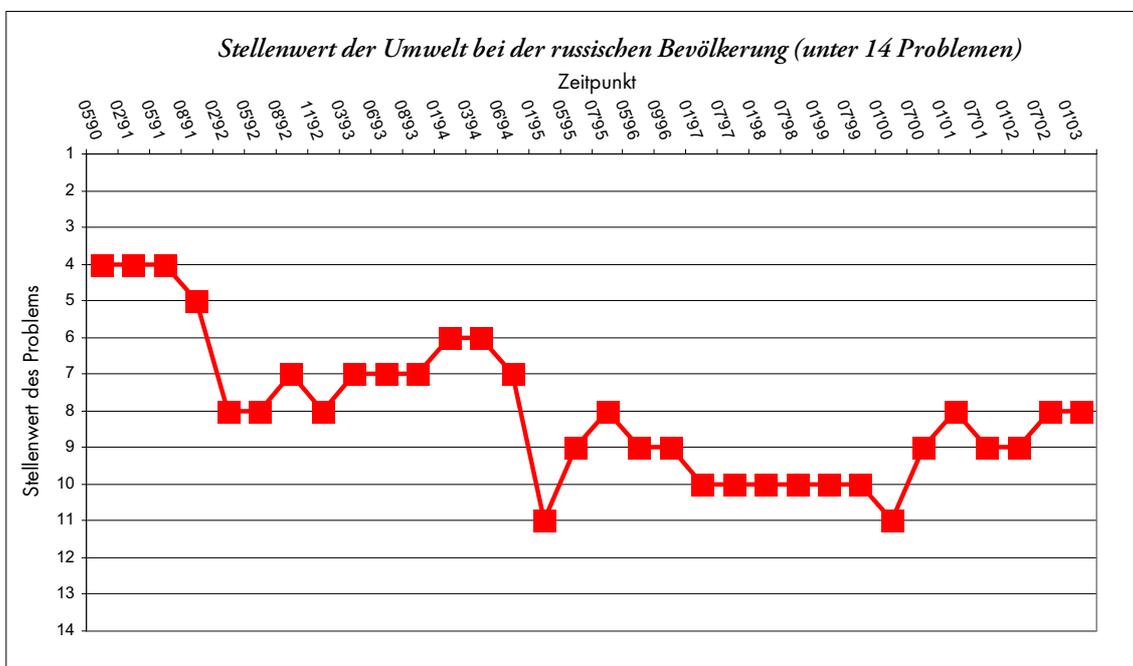
Bedingungen erlassen wurden und obwohl einige ihrer Vorschriften in der Praxis nur sehr schwer umzusetzen sind, sollten sie doch „theoretisch“ den Schutz von vielen Naturobjekten garantieren und die Zerstörung der Natur zum größten Teil verhindern.

Zum Beispiel ist eine sehr strenge Regelung der Nutzung der Natur in Küstenstreifen und Wasserschutzgebieten eingeführt worden. Dies beinhaltet vergleichsweise strenge Auflagen bezüglich der Ableitungen und des Ausstosses von Schadstoffen durch Firmen. Das Gesetz sieht zwei sehr wichtige Mechanismen vor, die, falls sie entsprechend angewendet werden, nicht nur die Durchführung von ökologisch gefährlichen Projekten verhindern, sondern auch die

bei denen sich Bürger und Vertreter von gesellschaftlichen Organisationen mit der Dokumentation vertraut machen können. Ihre Meinung soll in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

Wie werden in Russland die Gesetze zum Schutz der Umwelt eingehalten?

Allerdings existiert ein bedeutender Anteil der normativen Akte zum Schutz der Umwelt nur auf dem Papier. Im Lande gibt es praktisch keine Mechanismen zur wirtschaftlichen Stimulation, außerdem werden Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der Naturschutzgesetzgebung nur äußerst selten angewandt. Gleichzeitig findet seit 2000 praktisch eine ständige,



Planung eines Projektes so beeinflussen können, dass es der Umwelt so wenig Schaden wie möglich zufügt.

So darf ein Projekt, das negative Auswirkungen auf die Umwelt haben könnte, nicht ohne ein positives staatliches ökologisches Gutachten durchgeführt werden. Fast 95% aller Vorhaben erhalten positive Gutachten, allerdings erhalten große Projekte, auf die sich die öffentliche Aufmerksamkeit richtet, viel eher ein negatives Gutachten.

Alle Projekt müssen außerdem vor dem ökologischen Projektgutachten die OWOS (Ozenka wosdeistvija na okružhajschtschuju sredu = Bewertung der Einwirkung auf die Umwelt). durchlaufen, unter anderem müssen nach einer genau festgelegten Prozedur öffentliche Anhörungen abgehalten werden,

zerstörerische Reorganisation der Naturschutzbehörden statt. Ihre Funktionen und Struktur (im Rahmen der Reorganisationen der Regierung) ändern sich grundlegend und auch innerhalb der Naturschutzbehörden selber werden Reorganisationen durchgeführt. Dies führt dazu, dass die Gesetze in breitem Umfang nicht eingehalten werden und es zu einer wirklichen Verschlechterung der Lage der Umwelt kommt.

So erhöhte sich nach offiziellen Daten des Staatlichen Komitees für die Ökologie und des Ministeriums für Naturressourcen die Produktion von giftigen Abfällen in den fünf Jahren von 1996 bis 2001 um das 1,7fache, was das Wachstum der Industrieproduktion um einiges übertrifft.

All dies beweist eindeutig die geringe Effektivität der existierenden Mechanismen. Außerdem geben jene Berichte von Regierungsbehörden, die einen Rückgang oder nur einen sehr geringen Anstieg von Abwässerleitungen oder Schadstoffausstoß vermelden, gelinde gesagt Anlass zu Zweifeln. Die Behörden verfolgen dabei oft eigene Interesse, denn ein deutlicher Anstieg von Abwässerleitungen oder Schadstoffausstoß, der das Wachstum der Industrieproduktion übertreffen würde, wäre ein Beweis für offene Verstöße gegen das Gesetz und für die ineffektive Arbeit der staatlichen Behörden.

Es kann angenommen werden, dass Kontrollen von Abwässerleitung und Schadstoffausstoß wesentlich ineffizienter sind, als die der Abfallentsorgung. Da es sehr viel schwerer ist, Abfälle zu „verstecken“, und sei es auch nur deswegen, weil jeder Vorgang mit Abfällen (Lagerung, Transport, Endlagerung) materiellen Aufwand erfordert, der dokumentiert werden muss. Abfälle „hinterlassen Spuren“, die schwer zu verstecken sind, während Abwässerleitungen und Schadstoffausstoß nicht versteckt werden müssen – sie brauchen ganz einfach nicht aufgezeichnet werden.

Die Nichteinhaltung einer Reihe von Auflagen der Umweltgesetzgebung kann „theoretisch“ bis zur Begrenzung oder Aussetzung der Tätigkeit von industriellen Objekten führen. Bis heute werden diese Auflagen aus verschiedenen Gründen (zum Beispiel direkte Korruption) häufig „selektiv“ angewandt. Daher verletzen viele Firmen eindeutig die Gesetze und Projekte

werden oft mit bedeutenden Gesetzesverletzungen durchgeführt.

Das niedrige Bewusstsein der Bevölkerung für Umweltprobleme

Nach einem sprunghaften Anstieg der Aufmerksamkeit für ökologische Probleme während der Perestroika erlosch das Interesse der Gesellschaft an diesen Problemen wegen der akuten Wirtschaftskrise schnell wieder. Dies wird sehr anschaulich in der Grafik gezeigt, wo der Zustand der Umwelt einen der unteren Plätze unter 14 Problemen einnimmt, die die Bevölkerung beunruhigen.

Resümee

Eine Verbesserung der ökologischen Lage Russlands ist möglich durch

- eine breite Beteiligung der Gesellschaft bei der Lösung dieser Probleme;
- Einhaltung der Gesetze zum Naturschutz;
- Erhöhung der staatlichen Ausgaben zum Schutz der Umwelt;
- Erneuerung der staatlichen Naturschutzbehörden.

Greenpeace formuliert seine Politik in Russland dementsprechend, indem es sich mit der Bewahrung der natürlichen Ressourcen (in erster Linie Wald und Wasser), Verschmutzung durch Gifte und Radioaktivität und der Schöpfung von neuen Schutzgebieten beschäftigt.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Heiko Pleines*

Über die Autoren:

Ivan Blokov, Jahrgang 1961, ist Absolvent der St. Petersburger Universität und Doktor der Technischen Wissenschaften; er war einer der Gründer der sowjetischen Partei der Grünen und ist seit 1993 Mitglied von Greenpeace Russland, wo er Campaign Director ist.

Alexander Shuvalov, Jahrgang 1954, hat 16 Jahre für den Sowjetischen Wetterdienst gearbeitet. Zu Anfang der 1990er Jahre war er Pressesekretär des Ministers für Umweltschutz und Naturressourcen der Russischen Föderation. Seit 1995 ist er Mitglied von Greenpeace Russland, wo er Acting Fundraising Director ist.

Weitere Informationen über Greenpeace Russland finden Sie auf <http://www.greenpeace.ru> (mit englischer Seite).

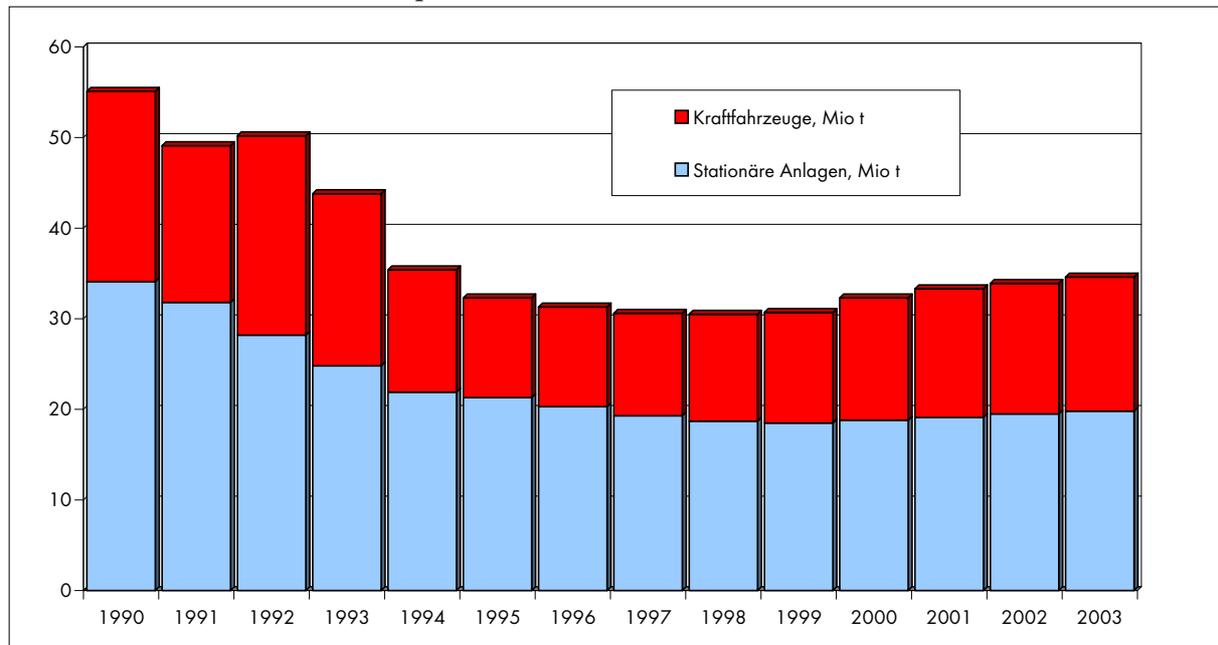
Statistik

Umweltverschmutzung und Umweltschutz

(zusammengestellt von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder)

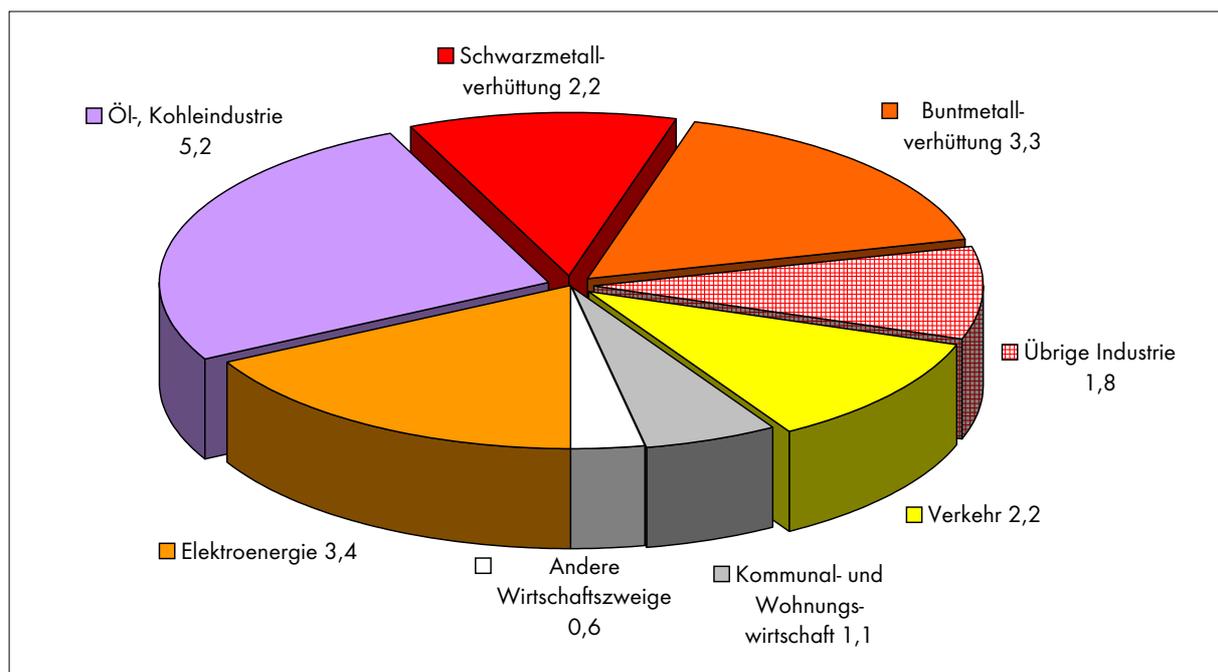
Luftverschmutzung

Schadstoffemissionen in die Atmosphäre 1990–2003



Quelle: Rosstat: Statistitscheskij ezhegodnik, Moskau 1997, S.276 und 2004, S.63

Urheber der Schadstoffemissionen in die Atmosphäre (stationäre Anlagen) (Mio. t.) 2003



Quelle: http://www.gks.ru/free_doc/2004/oxran.zip

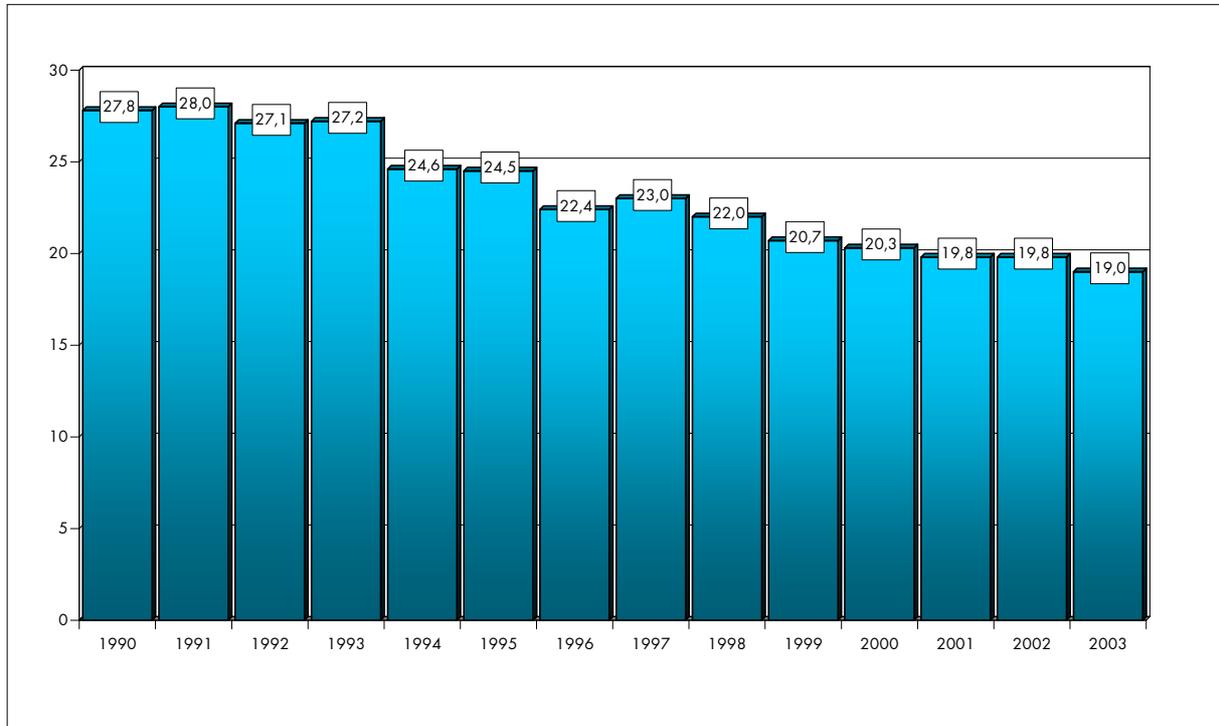
Luftverschmutzung 2003: Die Städte mit der größten Belastung

Rang	Stadt	Region	Schadstoffemissionen, 1.000 t
1	Norilsk	Autonomer Bezirk der Dolganen und Nenzen von Taimyr	2.020
2	Nowokusnezsk	Gebiet Kemerowo	562
3	Lipezk	Gebiet Lipezk	376
4	Tscherepowez	Gebiet Wologda	349
5	Magnitogorsk	Gebiet Tscheljabinsk	283
6	Nishnij Tagil	Gebiet Swerdlowsk	217
7	Omsk	Gebiet Omsk	192
8	Ufa	Republik Baschkortostan	192
9	Angarsk	Gebiet Irkutsk	160
10	Krasnojarsk	Bezirk Krasnojarsk	142
...			
13	Moskau	Stadt Moskau	97
...			
16	Wolgograd	Gebiet Wolgograd	79
...			
19	Kemerowo	Gebiet Kemerowo	69
...			
23	Sankt Petersburg	Stadt Sankt Petersburg	60
...			
26	Wladiwostok	Bezirk Primorje	54
...			
33	Nishnij Nowgorod	Gebiet Nischni Nowgorod	38
...			
49	Jekaterinburg	Gebiet Swerdlowsk	20
...			
56	Kaliningrad	Gebiet Kaliningrad	13
...			
60	Nowgorod	Gebiet Nowgorod	11
...			
65	Rostow am Don	Gebiet Rostow	9

Quelle: http://www.gks.ru/free_doc/2004/oxran.zip

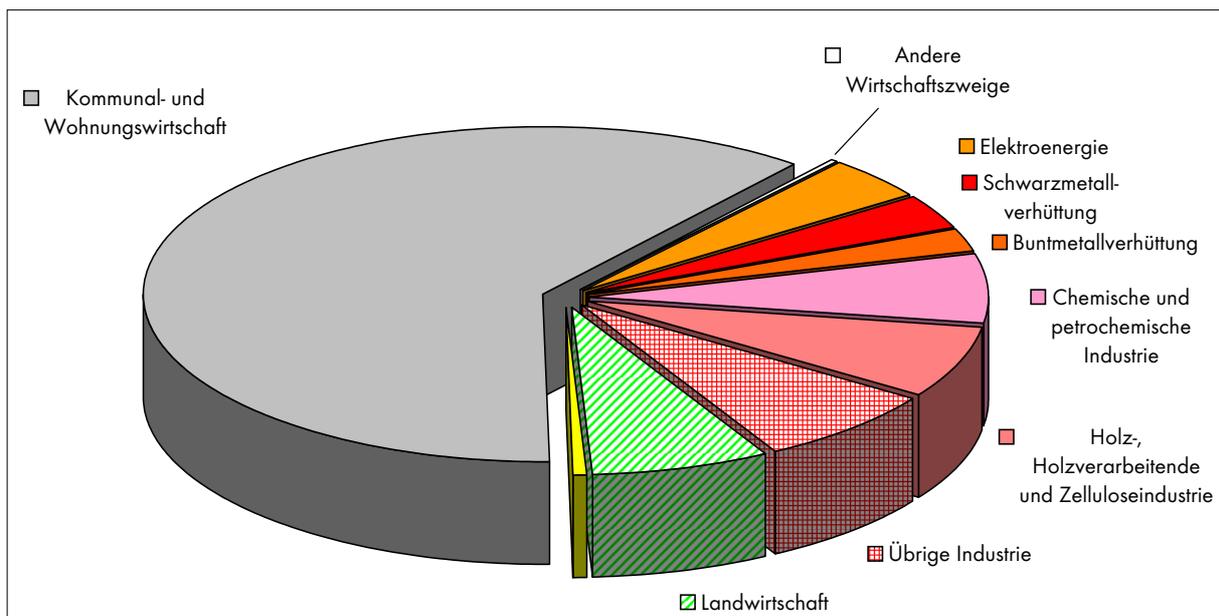
Wasserverschmutzung

Emission verschmutzter Abwässer, 1990–2003 Mrd. m³



Quelle: Rosstat: Statisticheskij esbegodnik, Moskau 1997, S.276 und 2004, S.63

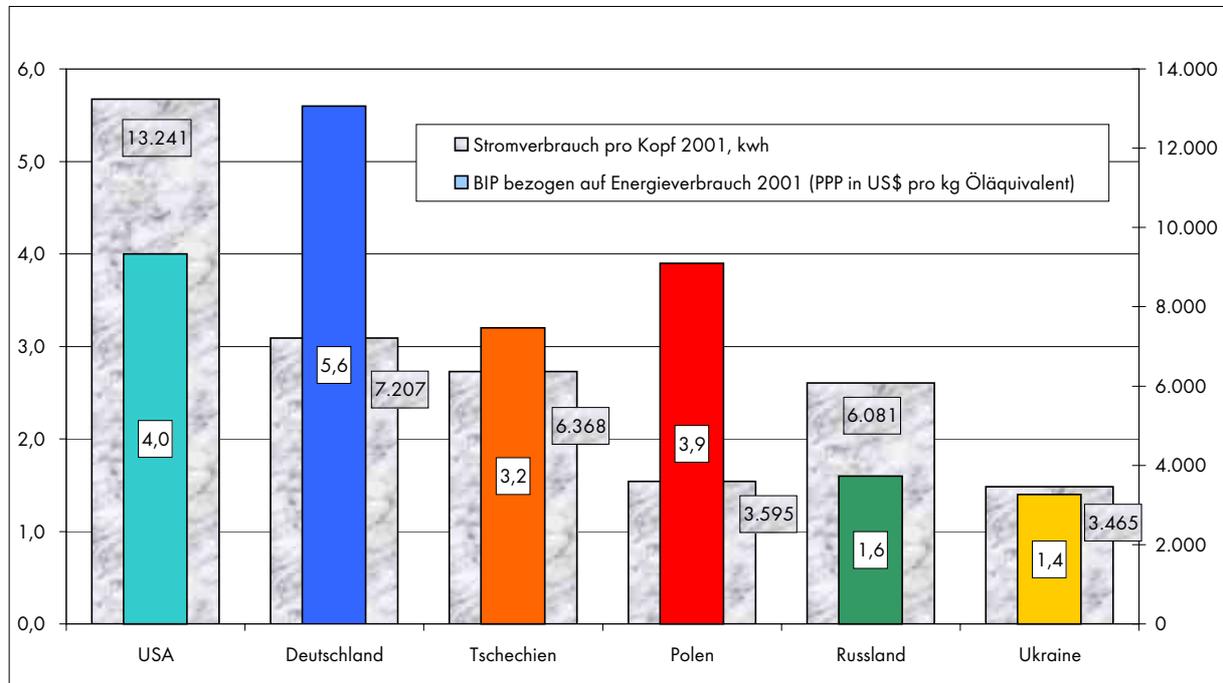
Urheber von Abwasseremissionen in Oberflächengewässer 2003



Quelle: http://www.gks.ru/free_doc/2004/oxran.zip

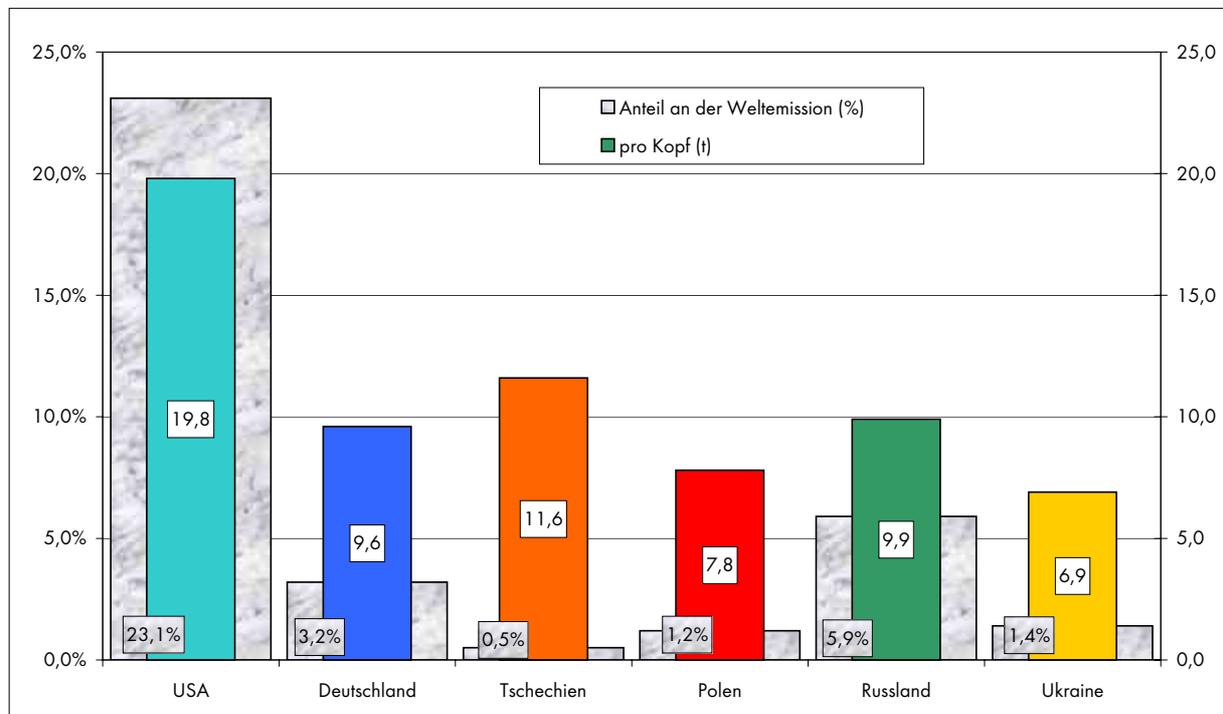
Energienutzung und CO₂-Emissionen im internationalen Vergleich

Stromverbrauch und Energienutzung in ausgewählten Ländern



Quelle: Human Development Report 2004 http://hdr.undp.org/reports/global/2004/pdf/hdr04_complete.pdf

CO₂-Emission in ausgewählten Ländern

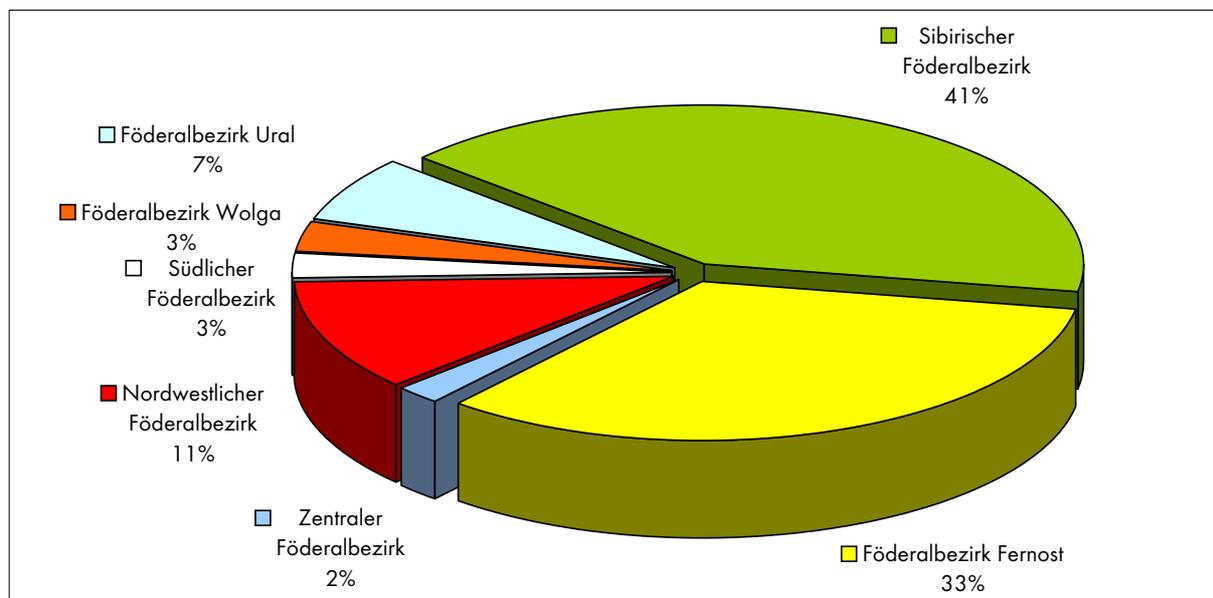


Quelle: Human Development Report 2004 http://hdr.undp.org/reports/global/2004/pdf/hdr04_complete.pdf

Ratifizierung internationaler Umweltverträge

Land	Cartagena Protocol on Biosafety	Framework Convention on Climate Change	Kyoto Protocol to the Framework Convention on Climate Change	Convention on Biological Diversity
USA	-	ratifiziert	unterzeichnet	unterzeichnet
Deutschland	ratifiziert	ratifiziert	ratifiziert	ratifiziert
Tschechien	ratifiziert	ratifiziert	ratifiziert	ratifiziert
Polen	ratifiziert	ratifiziert	ratifiziert	ratifiziert
Russland	-	ratifiziert	ratifiziert	ratifiziert
Ukraine	ratifiziert	ratifiziert	unterzeichnet	ratifiziert

Quelle: Human Development Report 2004 http://hdr.undp.org/reports/global/2004/pdf/hdr04_complete.pdf

Staatliche Naturschutzgebiete und Nationalparks in Russland 2003: Regionale Verteilung

Staatliche Naturschutzgebiete und Nationalparks in Russland 2003

	Staatliche Naturschutzgebiete		Nationalparks		Fläche insgesamt, 1.000 ha	Anteil an der Gesamtfläche des Föderalbezirks (%)
	Zahl	Fläche, 1.000 ha	Zahl	Fläche, 1.000 ha		
Zentraler Föderalbezirk	11	181,1	7	587,7	768,8	1,2%
Nordwestlicher Föderalbezirk	12	1.737,3	8	2.896,9	4.634,2	2,8%
Südlicher Föderalbezirk	10	720,5	3	344,8	1.065,3	1,8%
Föderalbezirk Wolga	14	782,7	8	380,8	1.163,5	1,1%
Föderalbezirk Ural	7	2.525,8	3	193,8	2.719,6	1,5%
Sibirischer Föderalbezirk	21	14.275,7	6	2.459,4	16.735,1	3,3%
Föderalbezirk Fernost	25	13.512,7	-	-	13.512,7	2,2%

Quelle: http://www.gks.ru/free_doc/2004/oxran.zip

Analyse

Die russische Umweltbewegung. Zwischen Opposition und Kooperation

Dmitry Vorobyev, Zentrum für unabhängige Sozialforschung, St. Petersburg

Zusammenfassung

In den mehr als zehn Jahren seit der Perestroika ist die russische Umweltbewegung entstanden und durch das Stadium der Institutionalisierung gegangen. Im vorliegenden Beitrag werden die verschiedenen Aspekte der Umweltbewegung untersucht, die ihre politische Rolle bestimmen: Professionalisierung, organisatorische Vielfalt (daher sollte man eigentlich von Umweltbewegungen reden), Netzwerkcharakter und politisches Umfeld.

Organisationsformen

Zurzeit existiert die russische Umweltbewegung hauptsächlich in der Form von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit genau umrissenen Zielen und Teilnehmern. Es ist außerordentlich schwierig, die Zahl der ökologischen NGOs in Russland zu bestimmen, da das Monitoring von Umwelt-NGOs oft widersprüchliche Ergebnisse liefert. Die Hauptgründe hierfür sind, dass nicht alle NGOs registriert sind; einige Organisationen existieren nur „auf dem Papier“ und sind nicht aktiv; auch werden in der Forschung unterschiedliche Kriterien bei der Definition von NGOs als ökologische Bewegungen angewandt. Nach verschiedenen Schätzungen gibt es in Russland zwischen 1.500 und 11.000 ökologische Nichtregierungsorganisationen. Der größte Teil von ihnen ist auf dem Gebiet der ökologischen Bildung aktiv, größtenteils in Schulen und Hochschulen.

Außer den NGOs ist in der ökologischen Bewegung auch eine Vielzahl von spontan gebildeten Protestgruppen zu verzeichnen. Sie machen sich in großen Städten deutlich bemerkbar und in der Regel entstehen sie in Reaktion auf städtebauliche Konflikte. Allem Anschein nach ist die Zahl der informellen Protestgruppen gegen Bauvorhaben mit der der NGOs vergleichbar: Alleine in Moskau sind ungefähr 500 städtebauliche Konflikte bekannt, in St. Petersburg 300.

Die Umweltbewegung, wie sie von NGOs vertreten wird, unterscheidet sich von den lokalen Protestgruppen dadurch, dass sie stark vernetzt ist. Ungefähr die Hälfte der NGOs sind Ortsvereine von gesamt-russischen Umweltorganisationen oder Mitglieder von Verbänden. Die größten Vereinigungen von ökologischen Organisationen sind SoES (Sozialökologische Union - Sozialno-ekologitscheski sojus) und WOOP (Gesamt-russische Vereinigung zum Schutz der Natur - Wserossiiskoe obschtschestwo ochrany prirody). Ein Teil der russischen NGOs nimmt auch an internationalen Netzwerken teil.

Umweltbewegung und Staat

Der Zustrom einer größeren Zahl von Wissenschaftlern in die Umweltbewegung zu Anfang der 1990er Jahre führte zur Herausbildung eines hoch qualifizierten Flügels der Umweltbewegung, der zur einer alternativen, ökologischen Entwicklung bereit war. Gegenwärtig verfügt die Umweltbewegung in einer Reihe von Bereichen über mehr finanzielle und Informationsressourcen als die staatlichen Dienste.

Dies führt zu einer paradoxen Situation. Da die staatlichen Naturschutzbehörden in den letzten Jahren praktisch aufgelöst und eines unabhängigen Status beraubt worden sind (die ökologische Kontrolle ist im Jahr 2002 dem Ministerium für Naturressourcen übergeben worden), fangen ökologische nichtkommerzielle Organisationen an, staatliche Funktionen zu übernehmen. Das sind Programme zum Schutz und zur Überwachung von Naturschutzgebieten, der Entwurf von ökologischen Gesetzen und das Erstellen von Umweltgutachten.

Es kann postuliert werden, dass der Charakter der Umweltbewegung sich jetzt radikal geändert hat und dass die Bewegung in einer Symbiose mit den staatlichen Stellen und im geringeren Maße mit der Wirtschaft existiert. Herausragende Beispiele sind die Programme zur ökologischen Zertifizierung im Forstsektor, die Unterstützung von „ökologisch orientierten“ Firmen, Pläne zur getrennten Abfallsammlung und Müllverwertung in großen Städten und die Erstellung von unabhängigen Umweltgutachten für große Investitionsvorhaben durch die NGOs.

In den Jahren 2001–02 sind Umweltgesetzgebung und -verwaltung grundlegend geändert worden. Das Gesetz über die Einfuhr von Atommüll wurde angenommen, die Umweltgesetzgebung wurde reformiert (Wald- und Wasserkodex) und das System von Umweltgutachten und -kontrollen wurde geändert. Die russischen Umweltschützer haben auf diese Geschehnisse sehr aktiv reagiert, indem sie sich für ihre

Ansichten zu den Reformen einsetzen. Insbesondere wurde 2001 ein gesamtrussisches Referendum von unten initiiert, das erste seit den Verfassungsreferenden der Jahre 1991–1993. Die ökologische Doktrin der Russischen Föderation wurde praktisch nur mit den Kräften der NGOs formuliert.

Eine Eigenart der heutigen russischen Umweltbewegung ist dabei die häufige Problematisierung und „Skandalisierung“ von Umweltfragen. Dies ist wahrscheinlich teilweise eine Folge mangelnder Alternativen, da Elemente direkter Demokratie und der gerichtliche Wege durch die russischen Behörden häufig blockiert werden.

Im Gegensatz zur ersten Hälfte der 1990er Jahre sind folgende Besonderheiten charakteristisch für die Umweltbewegung: thematische Programme, die auf gesamtrussischer Ebene koordiniert werden; die breite Nutzung von elektronischen Informationsmitteln; Offenheit für Kontakte zur westlichen Gemeinschaft; Annäherung an Staat und Wirtschaft unter den Bedingungen eines informellen Kontraktes.

Resümee

So ist die heutige Lage der Umweltbewegung in Russland paradox: obwohl sie ziemlichem Druck von Seiten der Regierung und der Wirtschaft ausgesetzt ist, führt sie nicht nur häufig Aufgaben von staatlichen

Behörden aus, sondern bemüht sich auch um Kooperation mit der Wirtschaft. Dies kennzeichnet die starke Differenzierung innerhalb der Ökobilbewegung – ein Teil wächst mit der Wirtschaft zusammen, ein Teil mit dem Staat, ein Teil beschäftigt sich mit theoretischer und angewandter wissenschaftlicher Forschung, ein Teil ist in der ökologischen Bildung für Schüler aktiv, sammelt und verbreitet Informationen und ein Teil besetzt die Nische einer radikalen Umweltbewegung.

In Konfliktsituationen gibt es oft Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen um das Recht, sich öffentliche Meinung zu nennen und in ihrem Namen aufzutreten. So gehören aus der Sicht der Ökoaktivisten die Umweltgruppen, die offensichtlich Lobbyarbeit für die Wirtschaft leisten oder der Regierung nahe stehen, die Kollektive von staatlichen wissenschaftlichen Experten und sogar die existierenden ökologischen politischen Parteien zur „Pseudoöffentlichkeit“.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Heiko Pleines*

Über den Autor:

Dmitry Vorobyev ist Mitarbeiter des Zentrums für Unabhängige Sozialforschung und Doktorand der Fakultät für Politikwissenschaften und Soziologie der Europäischen Universität in St. Petersburg.

Internetlinks zu russischen Umweltorganisationen:

www.seu.ru – Sozialökologische Union

<http://spb.ecology.net.ru/enwl/> - Ecological North West Line

<http://sovet.environment.ru/> - Gesamtrussischer Rat öffentlicher Umweltorganisationen

<http://bellona.no/> - Bellona

http://www.greenpeace.org/russia_ru/ - Greenpeace Russland

<http://antigreen.org/> - Website „Stoppen wir Greenpeace“

<http://eco-pravda.km.ru> – Zeitung „Ekologitscheskaja prawda“ (Atomlobby)

<http://www.priroda.ru> – das russische nationale Portal für Informationen zu Naturressourcen und Ökologie

Kommentar

Eine Hymne auf Demokratie und Liberalismus?

Putins Botschaft an die Föderalversammlung 2005

Hans-Henning Schröder, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Die diesjährige Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung unterschied sich in Inhalt und Ton deutlich von der des Vorjahres. Hatte Putin im Mai 2004 weitgehend auf große Visionen verzichtet und konkrete Probleme wie Armut, Wohnungsfrage, die Reform des Gesundheits- und Bildungswesens, die Umstellung des Staatshaushalts, das Wirtschaftswachstum und den Beitritt zur WTO angesprochen, setzte er die Akzente 2005 ganz anders: im Mittelpunkt seiner Rede standen Wertorientierungen – die Entwicklung von Demokratie, die Entfaltung der Bürgergesellschaft und die innere Moralität des Staatswesens.

Streckenweise schien es fast, als ob die gerade aus Moskau abgereiste amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice den Redenschreibern die Hand geführt hätte, so prononciert sprach Putin von europäischen Werten, von Freiheit und Demokratie. Russland, erklärte der Präsident, ist eine der größten europäischen Nationen und nahm damit eine deutliche Positionsbestimmung im internationalen Raum vor. In der Tat enthielten gerade diese Passagen jene außenpolitischen Aussagen, die viele Beobachter in der diesjährigen Botschaft vermisst hatten. Der Präsident schwieg sich zwar über die gravierenden außenpolitischen Probleme aus – die verfehlten Versuche, auf die ukrainischen Wahlen einzuwirken, die Konflikte mit der OSZE, die katastrophale Verschlechterung des Russlandbildes im Ausland –, doch die Akzentuierung von Russlands europäischer Wertorientierung war eine implizite Antwort auf westliche Vorwürfe an seine Administration. Russland ist – das signalisierte der Präsident – politisch und moralisch eine europäische Macht, die in Europa auch eine Rolle spielen will. Den Begriff „westlich“ vermied Putin hartnäckig – Europa, nicht die USA erschien in der Rede als Partner russischer Politik.

Putins Botschaft gab auch eine Antwort auf die westliche These vom „value gap“, von dem Unterschied zwischen „westlicher“ und „russischer“ Zivilisation. Russland, so lautete die Aussage des Präsidenten, ist Teil des europäischen Kosmos – daher gibt es keine Wertedifferenz. Die Botschaft richtet sich auch nach innen: sie macht den Vertretern nationalrussischer und eurasischer Strömungen in Russland selbst deutlich, dass die Putin-Administration sich nicht an slawophilen Vergangenheitsträumen orientiert. In diesen Kontext gehört auch die Einladung an ausländische – und einheimische – Finanziere, in Russland zu investieren. Der Ruf nach klaren rechtlichen Regelungen, die ausländischen Investoren Sicherheit verschafft, wo sie investieren können, zieht die Lehren aus dem

Scheitern von Siemens, dessen Versuch, sich an einem großen Maschinenbauunternehmen zu beteiligen, von russischen Behörden verhindert worden war.

Putins Aussagen über Demokratie und europäische Werte sind von Bedeutung – auch wenn sie zu der russischen Realität eklatant in Widerspruch stehen. Indem der Präsident aber den Anspruch erhebt, Teil des europäischen Wertekosmos zu sein, bietet er Handhabe, das Rechtssystem – etwa das Vorgehen im Fall Jukos –, die Wahlmanipulationen, die Beschränkungen der Pressefreiheit, die Verletzung der Menschenrechte in Tschetschenien deutlich zu kritisieren. Die russische Politik muss sich an den Standards messen lassen, zu denen sich ihr Präsident in seiner Rede bekannt hat.

Ebenso wie Putin die außenpolitischen Fragen in seiner Botschaft indirekt anging, ohne die großen Probleme in dieser Sphäre eigentlich zu benennen, vermied er es auch, die innenpolitischen Konflikte zu thematisieren. Von den Mängeln der Sozialreform, die im Januar landesweit zu Demonstrationen geführt hatten, fand sich in der Botschaft kein Wort. Der Konflikt zwischen Regierungschef Fradkow und den liberalen Ministern Gref und Kudrin, der in der russischen Presse Spekulationen über den künftigen Wirtschaftskurs und über mögliche Manipulation der Wirtschaftsdaten durch die Statistikbehörde ausgelöst hatte, wurde nicht thematisiert. Die wachsende Irritation in der Öffentlichkeit, die sich im Sinken der Zustimmungsraten ausdrückt, übergang der Präsident wohlweislich. Er äußerte sich auch nicht über die Einführung des Verhältniswahlrechts vor wenigen Tagen und das neue Verfahren zur Bestimmung der Gouverneure, das diese weitgehend vom Präsidenten abhängig macht. All diese gravierenden Veränderungen des politischen Systems wurden in der Botschaft an die Föderalversammlung nicht behandelt.

Putin zog es vor, die Krise seiner Administration auf indirektem Weg zu thematisieren: er kritisierte die ineffiziente, von Korruption durchseuchte Staatsbürokratie, die er in eine Reihe mit den Oligarchen stellte, er forderte ein funktionierendes Rechtswesen und er bedauerte den Vertrauensverlust in der russischen Gesellschaft.

In der Tat berührte er damit Probleme, die für die Mehrheit der russischen Bürger augenfällig sind. Was in der Rede allerdings fehlte, waren Konzepte, wie diese Krebschäden beseitigt werden können. Insofern kann die diesjährige Botschaft zur Lage der Nation nicht optimistisch stimmen.

Dokumentation

Putins Botschaft zur Lage der Nation am 25. April 2005

Themen und Stichworte

Präsident Putin berührte in seiner Botschaft zur Lage der Nation, die nach Angaben der Tageszeitung „Kommersant“ 47 Minuten 46 Sekunden dauerte, folgende Themen:

Einleitung (8 Min. 53 Sek.)

Russlands Aufgabe: Schaffung eines freien, demokratischen Staates. Betonung der Werte Freiheit und Demokratie, Gerechtigkeit, Gesetzlichkeit.

Negative Faktoren, die die junge russische Demokratie in den letzten Jahren bedrohten: der Zerfall der UdSSR als „größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“; die „terroristische Intervention“; die „Kapitulation von Chasawjurt“ [Ende des 1. Tschetschenienkrieges] und die Vormachtstellung der Oligarchen.

Es gilt, einen eigenen Weg zum Aufbau eines demokratischen, freien und ehrlichen Staates zu finden. Russland ist eine der größten europäischen Nationen. Es orientiert sich an den Idealen der europäischen Kultur: Freiheit, Menschenrechte und Demokratie.

Eine freie und gerechte Gesellschaft, gleiche Rechte und Freiheiten, Gültigkeit des Gesetzes, gleiche Chancen für alle, soziale Orientierung, Hilfe für Invaliden, Rentner, keine Beschränkung der Mobilität – all das stärkt die Souveränität Russlands. Es geht um Entwicklung des Staates, um Festigung von Gesetzlichkeit und politischem System sowie um Entwicklung der Bürgergesellschaft.

Festigung des politischen Systems (3 Min. 39 Sek.)

Das Beamtentum ist heute eine regelrechte Kaste geworden. Eine gewissenlose Beamtenschaft hat die erreichte Stabilität für ihre eigenen Interessen genutzt. Die bürokratische Reaktion lebt auf. Nachdem die Medien von oligarchischem Einfluss befreit sind, dürfen sie nicht den „Natschalniki“ (etwa: Behördenchefs) überlassen werden. Wir werden das Land nicht einer ineffizienten, korrupten Bürokratie ausliefern.

Demokratische Prozeduren sind nicht nur notwendig, sondern auch ökonomisch vorteilhaft. Russland braucht den Dialog mit der Gesellschaft, braucht reale Demokratie.

Konsolidierung der Föderation (2 Min. 00 Sek.)

Das föderale System muss gestärkt werden. Der Zusammenschluss von Föderationssubjekten ist eine positive Entwicklung (Beispiel: Krasnojarsk), darf aber nicht als „Kampagne“ verstanden werden.

Liberalisierung des Wirtschaftsraumes (3 Min. 45 Sek.)

Es ist notwendig, den Unternehmern Spielräume zu verschaffen und das Recht auf Eigentum zu festigen (Verkürzung der Verjährungsfrist für Privatisierungskriminalität auf 3 Jahre). Natürlich muss man gegen Gesetzesbrecher vorgehen.

Die Privatisierung von Wohnungen muss erleichtert werden. Es gilt auch das angesparte Kapital unserer Bürger für die Wirtschaft nutzbar zu machen.

Tätigkeit der Steuer- und Zollbehörden (1 Min. 45 Sek.)

Die Steuer- und Zollbehörden dürfen Gesetzesbrüche nicht übersehen, müssen aber Methoden finden, Interessen des Staates zu vertreten, ohne die Unternehmer in die Sackgasse zu treiben.

Organisation von Kapitalimport (2 Min. 30 Sek.)

Russland ist äußerst interessiert an Investitionen aus dem Ausland. Bisher gibt es Hindernisse, rechtliche Unklarheiten. Die Sphäre nationaler Sicherheit muss gesetzlich klar abgegrenzt und insgesamt ein günstiges Klima für Kapitalimporte geschaffen werden.

Zustand des politischen und Rechtssystems (6 Min. 05 Sek.)

Für die Entfaltung von Demokratie ist ein effektives rechtliches und politisches System notwendig. Die Führung darf die administrativen Hebel nicht missbrauchen, sie muss alle Möglichkeiten nutzen, um die Institute realer Demokratie zu stärken. Staatsmacht hat Grenzen. Wir brauchen Rechtsorgane, auf die das Volk stolz ist. Wenn ein Teil der Gesellschaft das Gerichtssystem für korrupt hält, ist von effektivem Gericht keine Rede.

Kampf gegen terroristische Angriffe auf das Territorium Russlands. Keine Schwäche zeigen, den Terrorismus ausrotten. Stärkung der Sicherheit im Süden Russlands, auch durch Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Außenpolitik (3 Min. 43 Sek.)

Feier des 60. Jahrestages des Sieges. Befürwortung der Entwicklung selbständiger Staaten auf dem Boden der GUS. Bei Festhalten an außenpolitischen Interessen ist Russland interessiert an der Wirtschaftsentwicklung und der Stärkung seiner Nachbarstaaten.

Russlands außenpolitische Interessen: 1. Sicherung der Grenzen, 2. Schaffung eines günstigen Klimas für die eigene innere Entwicklung. „Gewiss soll die zivilisatorische Mission der Russländischen Nation auf dem eurasischen Kontinent fortgesetzt werden.“ Unterstützung der russischen Mitbürger im Ausland [*bezieht sich auf russische Minderheiten in den baltischen Staaten*]. Bereit zur Zusammenarbeit bei Aids, Umweltschutz, Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Fragen der Zivilgesellschaft (3 Min. 44 Sek.)

Die Bürger haben ein Recht auf objektive Information. Die Staatsorgane müssen Information über ihre Arbeit zugänglich machen. Außerdem muss das nationale Fernsehen maximal objektiv berichten. Daher Einfluss der Gesellschaftskammer auf das Fernsehen stärken. Allen Fraktionen in der Duma Zugang zu Medien verschaffen. Garantien für Parteien im Parlament.

Demographische Situation (4 Min. 17 Sek.)

Demographische Gefahren: kurze Lebenserwartung. Alkoholismus. Niedrige Geburtenrate. Ausbau des Gesundheitswesens und vernünftige Immigrationspolitik ist notwendig.

Einkommenssteigerungen für Staatsangestellte (3 Min. 44 Sek.)

Die Gehälter der Lehrer und anderer Staatsangestellter müssen pünktlich ausgezahlt werden. Außerdem müssen die Mindestlöhne in diesem Bereich angehoben werden.

Moralität der russländischen Gesellschaft (2 Min. 32 Sek.)

„In Russland hat man Recht und Moral, Politik und Sittlichkeit traditionell als eng miteinander verwandte Begriffe verstanden.“ Es gilt, sich an den allgemeinen Standards einer zivilisierten Gesellschaft zu orientieren. Die Korruption der Beamtschaft ist auch ein Zeichen für das Fehlen von Vertrauen und moralischer Stärke in Russland.

Schluss (1 Min. 09 Sek.)

Text der Rede auf Russisch: http://president.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372type82634_87049.shtml
Zeitangaben nach Kommersant, 26.4.2005 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=573453>

Chronik

Vom 21. bis zum 28. April 2005

21.4.2005	Putin empfängt den Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, im Kreml. In den Gesprächen wird der EU-Russland-Gipfel am 10. Mai vorbereitet.
22.4.2005	Die Duma beschließt in dritter und letzter Lesung die Novelle zum Wahlgesetz, die umfassende Reformen vorsieht. Danach gilt nun das Verhältniswahlrecht und Parlamentssitze werden daher nur noch über Parteilisten vergeben. Die Parteien selbst müssen eine Sieben-Prozent-Hürde überwinden.
22.4.2005	Putin empfängt den belorussischen Präsidenten Lukaschenko in Moskau zu Gesprächen.
22.4.2005	Die russische Ausgabe der Zeitschrift Forbes veröffentlicht eine Liste der 100 reichsten Russen. Den ersten Rang nimmt 2005 Roman Abramowitsch ein.
22.4.2005	Auf dem Gipfeltreffen der GUUAM-Staaten (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidshan und Moldowa) in Kischinau, der Hauptstadt von Moldowa, fordern die Staatsoberhäupter der Mitgliederstaaten Russland auf, seine Truppen aus Georgien und Moldowa zurückzuziehen.
22.4.2005	Präsident Putin empfängt Lord John Browne, den Vorstandsvorsitzenden von British Petroleum (BP), und erörtert mit ihm die Perspektive von TNK-BP.
22.4.2005	Russische Medien berichten, dass der tschetschenische Präsident und Guerillaführer Aslan Maschadow, der am 8. März von russischen Truppen getötet worden ist, in einem unbekanntem Grab anonym bestattet worden ist.
22.4.2005	In Maikop, der Hauptstadt von Adygej, demonstrieren 10.000 Personen gegen Pläne, die Republik mit der Region Krasnodar zusammenzulegen.
23.4.2005	Das Regionalparlament des Gebiets Orjol wählt den Gouverneur Jegor Strojew auf Vorschlag Putins für eine weitere Amtszeit.
24.4.2005	Die Nachwahlen für einen Einzelwahlkreis im Gebiet Brjansk scheitern an der geringen Wahlbeteiligung. Nur 23,6% der Wähler nahmen an der Abstimmung teil. Das Quorum beträgt 25%.
25.4.2005	Putin schlägt dem Regionalparlament des Gebiets Samara den amtierenden Gouverneur Konstantin Titow zur Wiederwahl vor.
25.04.2005	Die Aluminiumkonzerne RusAL und SUAL teilen mit, dass sie in der Republik Komi gemeinsam eine Anlage aufbauen werden, die jährlich zwischen 300.000 und 500.000 t Aluminium produzieren soll.
26.4.2005	Präsident Putin hält vor der Föderalversammlung die alljährliche Rede zur Lage der Nation.
26.4.2005	Das Moskauer Puschkin-Museum eröffnet eine Ausstellung restaurierter antiker Kunstwerke, die ursprünglich aus deutschen Museen stammen. Die Bestände befanden sich bisher im geschlossenen „Beutekunst“-Depot des Moskauer Museums und werden anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes gezeigt. Die Ausstellung führt in Deutschland zu Irritationen.
26.4.2005	Russische Medien berichten, dass Präsident Putin Marina Antonowna Denikina, die Tochter von General Denikin, einem namhaften Führer der „Weißen“ im Bürgerkrieg 1918–1920, in die russische Staatsbürgerschaft aufgenommen hat. Ferner hat er gestattet, den Leichnam General Denikins von Paris nach Russland umzubetten.
27.4.2005	Auf seiner Nahostreise besucht Putin als erste Station Kairo. Der russische Präsident führt Gespräche mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak über die Lage im Nahen Osten. U.a. schlägt Putin eine Friedenskonferenz in Moskau vor.
27.4.2005	Die Urteilsverkündung im Fall Chodorkowskij wird vom 28. April auf den 16. Mai verschoben.
27.–28.4.2008	Putin trifft auf seiner Nahostreise in Israel ein. Nach einem Besuch der Klagemauer und einem Treffen mit dem Oberhaupt der russischen orthodoxen Geistlichkeit in Jerusalem führt er Gespräche mit dem israelischen Präsidenten Mosche Katzav und mit Ministerpräsident Ariel Sharon.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de